"Kesseltreiben" der GKV gegen Ärzte, Therapeuten und andere!

Falsche Interpretationen täuschen Bürger und Medien

Fehlinformationen und falsche Interpretationen des Spitzenverbandes der gesetzlichen Krankenkassen (GKV) täuschen die deutschen Bürger und die Vertreter der Medien.

Exakt zum Beginn des Deutschen Ärztetages in Nürnberg verbreiteten die gesetzlichen Krankenkassen, dass die Mediziner, die Therapeuten, die Pflegeberufe, die Sanitäts-fachgeschäfte usw. sich ungerechtfertigt untereinander durch Provisionen, oft auch als "Fangprämien" bezeichnet, bereichern. Dabei würden die Beiträge der Versicherten missbraucht.

"Diese Behauptung des Spitzenverbandes lenkt von den extrem steigenden administrativen Kosten der gesetzlichen Krankenkassen, den fortschreitenden Rationierungen für die Patienten und Pflegebedürftigen und den radikalen Kürzungen der Vergütungen für die ambulanten und stationären Einrichtungen der Versorgung, Behandlung oder Betreuung durch die gesetzlichen Krankenkassen ab und ist letztlich eine Täuschung der Öffentlichkeit und eine Diffamierung der Berufsgruppen", so DGVP-Präsident Wolfram-Arnim Candidus.

Candidus räumt ein: "Natürlich gibt es auch bei den Berufsgruppen und Institutionen der Behandlung der Patienten das eine oder andere schwarze Schaf."
Die Regel sei aber, dass die Versorgungsqualität im Gesundheitswesen durch den willkürlichen Kostensenkungs-druck der GKV leidet, um Zusatzbeiträge zu vermeiden, und gleichzeitig so eine große Anzahl von Personen und Institutionen in Existenznot gebracht werden.

Unzureichende Vergütungen für die Zuwendung zum Patienten in der ambulanten und stationären Versorgung und erst recht im Bereich der Pflege führen zu wirtschaftlichen Problemen, die dann durch unsolide "Machenschaften" ausgeglichen werden. Das soll nicht entschuldigen. Aber: Die Ursache dafür liegt beim Verhalten der GKV und die Auswirkungen sind Sonderabrechnungen zwischen den Berufsgruppen und Institutionen.

"Die Krönung dieses Kesseltreiben war aber die Aussage unseres Gesundheitsministers Daniel Bahr - wahrscheinlich in Feinabstimmung mit dem Spitzenverband der Krankenkassen", kritisiert DGVP-Präsident Candidus. "Herr Bahr bemängelt, dass die Zahl der Hüft- und Knieprothetik stetig ansteigt und dass damit die ambulanten und stationären Einrichtungen den Umsatz und die Kosten nach oben treiben.
Unerwähnt bleibt dabei, dass die demografische und technologische Entwicklung dazu führt, dass bei viel mehr Patienten als früher die modernen und sinnvollen Methoden der operativen Eingriffe und Implantologie eingesetzt werden können und müssen. Hinzu kommt die Tatsache, dass die Vergütungen für konservative Diagnostik und Therapie nicht ausreicht, um die Kosten der ambulanten Mediziner zu decken."

Hierzu äußert sich aber kein GKV-Manager und kein Politiker. "Es geht anscheinend nur um Meinungsmache. So wird Druck auf die kompetenten Berufsgruppen in allen Bereichen der Versorgung/ Behandlung/ Betreuung ausgeübt und die Öffentlichkeit falsch informiert. Das Misstrauen zwischen Arzt und Patient wird geschürt."

Nach Überzeugung des DGVP-Präsidenten wird das dazu führen, dass die Kosten durch Misstrauen ansteigen. Zur Not hat die Politik jedoch schon jetzt vorgebeugt und zwar durch das Patientenrechtegesetz. Denn das fordert eine nachhaltige und dokumentierte Aufklärung des Patienten durch die Berufsgruppen der Versorgung/ Behandlung/ Betreuung.

"Hoffentlich sind dann diese Gruppierungen auch bereit, dem Versicherten und Patienten aufzuzeigen, dass die notwendige Leistung nicht mehr erbracht werden kann, da die gesetzlichen Krankenkassen den Aufwand nicht ausreichend vergüten oder mit Regressen drohen", schließt Candidus.

Pressekontakt

DGVP e.V. für Gesundheit

Frau Katja Rupp
Brückenstr 2
67551 Worms

dgvp.de
info@dgvp.de

Firmenkontakt

DGVP e.V. für Gesundheit

Frau Katja Rupp
Brückenstr 2
67551 Worms

dgvp.de
info@dgvp.de

Die DGVP e.V. für Gesundheit ist ein unabhängiger Zusammenschluss von Einzelpersonen und Institutionellen Mitgliedern.

Wir wollen dazu beitragen, für die gesamte Bevölkerung eine hochwertige und bezahlbare Versorgung mit Gesundheitsleistungen zu schaffen und zu erhalten. Die Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger am medizinisch-technischen Fortschritt soll auch in Zukunft gewährleistet sein.

Dabei verfolgen wir einen ganzheitlich-systemischen Ansatz und sind unabhängig von Partikularinteressen. Wir streben danach, widerstreitende Einzelinteressen der Akteure im Gesundheitswesen auszugleichen und mit dem Allgemeinwohl in Einklang zu bringen.